

Versammlung im Dorfgemeinschaftshaus machte deutlich: Dioxine bedrohen Rosenhagen

Bürger-Info im Rahmen einer öffentlichen Sitzung der SPD-Fraktion

Petershagen-Rosenhagen (ilu). „Die jetzt auf den Tisch gelegten Fakten über die Sondermülldeponie Münchehagen haben uns schockiert. Daß die Gefahr durch Dioxine für Rosenhagen so groß ist, haben wir nicht erwartet“, erklärte Ortsvorsteher Werner Nahrwold in einem Resümee der Bürgerversammlung, zu der er gemeinsam mit der SPD-Fraktion im Stadtrat und der örtlichen Kulturgemeinschaft am Montagabend ins Dorfgemeinschaftshaus Rosenhagen eingeladen hatte. Bedrückend sei die Frage, inwieweit die Bevölkerung schon durch Schadstoff-Emissionen aus der nur wenige Kilometer entfernten Deponie getroffen sei, führte Nahrwold weiter aus und betonte, daß man kein Verständnis habe für die Verharmlosung der Probleme durch die niedersächsischen Behörden. „Es ist nicht mehr fünf Minuten vor, sondern bereits nach zwölf“, sagte der Ortsvorsteher und unterstrich damit die Forderung, umgehend Maßnahmen für die Sicherheit der Einwohner in Rosenhagen und Umgebung einzuleiten.

Wenn man im Dezember vorigen Jahres dem Vorschlag der SPD gefolgt wäre, Klage gegen das Land Niedersachsen zu erheben, um eine Totalsanierung der Deponie zu erreichen, befände man sich jetzt bereits vor Gericht im Verhandlungsstadium, hob Fraktions-Vorsitzender Fritz Tütting zum Auftakt der Versammlung hervor. Jetzt müsse man erst noch die Anhörungsfrist für die beteiligten Parteien von drei Monaten abwarten, bevor das Verwaltungsgericht Hannover die Klage der Stadt Petershagen verhandelt. Dadurch gehe wertvolle Zeit verloren.

Weiter ging Tütting auf das vom Nachbarland in Auftrag gegebene Natec-Gutachten ein, dessen bedenkliche Werte von der niedersächsischen Landesregierung in gewohnter Weise abgewiegt wurden. „Wir wollen dafür sorgen, daß eine umfassende Aufklärung erfolgt, und alles getan wird, Gefahren abzuwehren“, sagte der

Fraktions-Vorsitzende und sprach in diesem Zusammenhang die Wasserversorgung an. Nach den jüngsten Ereignissen werde für die SPD eine Wiedereinschaltung des Wasserwerkes Ilse nicht mehr in Frage kommen. Der Rat müsse daher bei seinen Überlegungen zur Versorgung des nördlichen Stadtgebietes mit Trinkwasser das Werk Ilse völlig ausklammern.

Mit der Bemerkung „Der Dreck soll in Münchehagen kontrolliert liegengelassen werden“, kommentierte Peter Thiele, Ratsvertreter für den Bereich Rosenhagen-Neuenknick, die Vorstellungen der niedersächsischen Landesregierung zur Sanierung der Lagerstätte. Das dürfe jedoch auf keinen Fall geschehen, denn laut Natec-Gutachten sei nun auch nördlich der Deponie in der sogenannten kleinen Fulde Dioxin nachgewiesen worden, das nur durch das Grundwasser dorthin gelangt sein könne. Auch die größeren Mengen Dioxin im

Sandfang der Deponie belegten, daß nicht nur Oberflächenwasser in den Ringgraben geleitet worden sei.

Tondeckel keine Garantie

Als einen Skandal bezeichnete es Thiele, daß der Kreis Nienburg Ende letzten Jahres Untersuchungsergebnisse der Technischen Universität Harburg erhalten, bisher aber verschwiegen habe. Nach den Meßergebnissen der TH seien die Ausdünstungen über der Deponie so giftig, daß von einer großen Gefährdung des Umfeldes gesprochen werden müsse. Der Tondeckel über den Poldern, so folgerte Thiele, biete danach keine Garantie, daß chlorierte Kohlenwasserstoffe nicht nach außen dringen können. So seien nicht nur die Arbeiter auf der Deponie, sondern auch die dort eingesetzten Polizeibeamten den giftigen Gasen ausgesetzt.

Da nach Verfüllung des Polders IV b im Dezember vorigen Jahres kein Grundwassertrichter mehr bestehe, würden nun die Giftstoffe aus der Deponie vom durchfließenden Grundwasser mitgenommen, führte Thiele weiter aus. Dadurch ergebe sich für die Anlieger und für das Wasserwerk Ilse eine latente Gefahr. Den Landwirten riet er in diesem Zusammenhanag, die Weidebrunnen und die Ils nicht mehr als Viehtränken zu nutzen. Außerdem sollten sich die Anlieger der Deponie zusammentun und ähnlich wie die Stadt Petershagen das Land Niedersachsen auf Schadensersatz verklagen.

Die Ländergrenze dürfte keine Rolle spielen, die Probleme der Deponie Mün-



Im Mittelpunkt einer öffentlichen Sitzung der Petershäger SPD-Fraktion im Dorfgemeinschaftshaus Rosenhagen stand das Thema „Münchehagen“. MT-Foto: ilu

chehagen anzugeben, erklärte Stadtverbandsvorsitzender Winfried Rübiger und verurteilte die Mißachtung der nordrhein-westfälischen Sorgen durch das Nachbarland. Daß die Deponie undicht sei, sei ein Faktum, das auch durch das Gutachten des Kreises belegt werde. Daher habe der Kreistag auch die politische Entscheidung getroffen, u. a. im Interesse der Trinkwasserversorgung Klage gegen das Land Niedersachsen auf Sanierung der Lagerstätte zu erheben.

„Gesundheit ernsthaft gefährdet“

„Langfristig ist die Gesundheit der Bevölkerung im Umfeld der Deponie ernsthaft gefährdet“, stellte Dr. Harald Friedrich fest, der als Diplom-Biologe auf Einladung der SPD-Fraktion über die Gefährlichkeit von Dioxinen informierte. Schon ein billionstel Gramm des Seveso-Giftes pro Kilogramm Körpergewicht habe nach Untersuchungen der amerikanischen Umweltbehörde beim Menschen krebserzeugende Wirkung, wie auch geringe Spuren von Dioxin bei schwangeren Frauen Veränderungen am Embryo hervorrufen können.

Zur Durchlässigkeit des Deponie-Bo-

dens bemerkte Dr. Friedrich, daß das Grundwasser nicht nur mit einer relativ geringen Fließgeschwindigkeit in Richtung Ils wanderte, sondern auch im Nahbereich der Deponie von unten an die Oberfläche dränge und dann als Oberflächenwasser ziemlich rasch in die Ils gelange. Fazit sei, daß alle Stoffe, die in der Deponie lagern, auch auslaufen können, ebenso wie das Seveso-Dioxin, das im Schlamm der Ils in Rosenhagen in einer 5000fach größeren Konzentration festgestellt worden sei als der Grenzwert, den führende Wissenschaftler aus aller Welt anlässlich eines Symposions im Juni 1984 in Georgswerder festgelegt haben.

In der anschließenden Diskussion erinnerte Gerhard Jacke daran, daß Rosenhäger Einwohner schon vor Jahren Geruchsbelästigungen durch die Deponie beklagt hätten, und Landwirt Fritz Knoop verwies auf die Widersprüchlichkeit einer Mitteilung des niedersächsischen Landwirtschaftsministers Glup, in der die Nutzung der Weidebrunnen und der Ils als Viehtränken als ungefährlich dargestellt, gleichzeitig aber aus hygienischen Gründen davon abgeraten werde.

Dioxin-Gutachten untermauert Klage der Stadt Petershagen

Stadtdirektor informiert über Untersuchungsergebnisse

Petershagen (wi). Die Stadt Petershagen sieht sich in der gerichtlichen Auseinandersetzung um die Sondermülldeponie Münchenhagen durch das vom Land Niedersachsen in Auftrag gegebene Natec-Gutachten in seiner Ansicht bestärkt, daß von der umstrittenen Deponie Giftstoffe in die Umwelt gelangt sind. In der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses teilte Stadtdirektor Lothar Ramrath mit, daß durch das Natec-Gutachten eine „umfängliche Verseuchung des Umkreises der Sondermülldeponie“ festgestellt worden sei.

Ferner unterrichtete der Stadtdirektor den Ausschuß über die neuesten Untersuchungsergebnisse des Fresenius-Institutes, wonach in der Gähle keine toxischen Stoffe nachgewiesen worden seien, wie der Leiter des Instituts, Dr. Scholz, gestern telefonisch der Stadt Petershagen mitgeteilt habe. Hingegen seien in den Sedimentproben der IIs unterhalb der Einleitung aus der Deponie Dioxine festgestellt worden. Nach den Werten von Stadtdirektor Ramrath ist Dr. Scholz vom Fresenius-Institut zu dem Ergebnis gekommen,

daß die Dioxine „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit aus der Sondermülldeponie Münchenhagen stammen“.

Wie Ramrath betonte, habe der Koordinator für die Sondermülldeponie Münchenhagen im niedersächsischen Landwirtschaftsministerium, Günter Feist, eine Bewertung des Natec-Gutachtens durch das niedersächsische Landesamt für Wasserwirtschaft in Aussicht gestellt. „Diese Stellungnahme soll Herrn Feist seit einigen Wochen vorliegen. Trotz mehrmaliger Nachfrage habe ich bis heute diese Stellungnahme aber nicht bekommen“, so Ramrath: „Weil mir das zu lange dauert, habe ich das Fresenius-Institut um eine Stellungnahme zum Natec-Gutachten gebeten“, erläuterte der Stadtdirektor.

Durch das Natec-Gutachten seien die Ergebnisse des Fresenius-Institutes bestätigt worden, betonte SPD-Fraktionsvorsitzender Fritz Tüting. Das Land Niedersachsen habe als Beklagte selbst die Beweise für die Undichtigkeit der

Deponie geliefert. Unter Bezugnahme auf die jüngsten Meldungen, wonach im Blut zumindest eines Polizisten, der auf der Deponie Wachdienst versehen habe, Dioxine nachgewiesen worden seien, müsse man auch die Frage stellen, ob der „Innenminister hier seine Aufsichtspflicht nicht grob fahrlässig verletzt“ habe, so Fritz Tüting.

„Wir werden uns mit dem Problem Münchenhagen noch einige Zeit beschäftigen müssen“, mutmaßte Heinrich Schröder (CDU). Die Gefahr, die von der Deponie ausgehe, sei auch für den Laien erkennbar. „Wir als Politiker sind aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die Gefahr nicht noch größer wird“.

Die Fraktion der Grünen plädiert nach wie vor für eine freiwillige Untersuchung der Bevölkerung durch das Gesundheitsamt des Kreises Minden-Lübbecke. Ferner soll noch vor dem Weideauftrieb vom Kreis eine Informationsveranstaltung für die Landwirte im Bereich der Deponie durchgeführt werden.

Zu der Klage der Stadt Petershagen gegen den Landkreis Nienburg teilte der Stadtdirektor mit, daß dem Landkreis Nienburg vom Hannoveraner Gericht eine Einlassungsfrist von drei Monaten eingeräumt worden sei. „Eine außerordentlich lange Zeit. . .“, so Lothar Ramrath.